

# DEUTSCHE ZOLL- UND FINANZGE- WERKSCHAFT

*Mitglied im DBB - Beamtenbund und Tarifunion*

## Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Red. Uwe Büttner / OV Potsdam



[www.bdz-bb.de](http://www.bdz-bb.de)

11/2006

Info vom 22.09.2006



## dbb begrüßt Bundesrats-Ja zum Versorgungsfonds für Bundesbeamte

**Der Bundesrat hat den Weg für eine Neuregelung der Finanzierung der Pensionen von Bundesbeamten freigemacht. Die Länderkammer hatte am 22. September 2006 keine Einwände gegen den Entwurf des „Gesetzes zur Änderung des Versorgungsrücklagegesetzes“.**

Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen begrüßte die Entscheidung. Die Dachgewerkschaft habe einen solchen Schritt seit langem gefordert und bereits 2004 mit dem damaligen Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) vereinbart. „Die Beamtenversorgung muss auf stabilen Fundamenten ruhen. Versorgungsfonds sind dafür der richtige Weg. Die Versorgungsansprüche werden jetzt verdient, also sollten sie auch jetzt angespart werden“, sagte Heesen. Versorgungsfonds seien zudem nicht nur künftigen Steuerzahlergenerationen gegenüber fair, es ergäbe sich sogar ein finanzieller Mehrwert. Heesen: „Mit Versorgungsfonds lässt sich auf den Kapitalmärkten über einen möglichen Zinsvorteil hinaus auch zusätzlicher Dividendengewinn erwirtschaften. Diese Einnahmequelle sollte konsequent genutzt werden.“

Für neu eingestellte Bundesbeamte, Richter und Soldaten soll vom 1. Januar 2007 an Geld in dem Fonds angespart werden. Er soll von der Deutschen Bundesbank als Sondervermögen verwaltet werden und Zinsen erwirtschaften. Erstattungen aus dem Fonds sind ab 2020 vorgesehen. Die Bundesregierung hatte

den Gesetzentwurf im Juli beschlossen. Der Bundestag befasst sich Mitte Oktober mit der Neuregelung.